

Kinder und Jugendliche in den Fokus – Schlussfolgerungen aus zwei Jahren Covid-19 Pandemie in Deutschland

Zwei Jahre sind seit dem Beginn des ersten Lockdowns in Deutschland in Reaktion auf den Ausbruch der Covid-19 Pandemie vergangen. Die Forschung zeigt immer deutlicher, dass die Pandemie sowie die damit verbundenen Maßnahmen massive Auswirkungen auf das Wohlergehen von vielen Kindern und Jugendlichen in Deutschland hatten und haben. Aus den Befunden lassen sich Schlussfolgerungen darüber ableiten, wo die Politik in den kommenden Wochen und Monaten ansetzen sollte, um langfristige Beeinträchtigungen der Kinder zu verhindern.

UNICEF Deutschland empfiehlt, in den im folgenden beschriebenen Bereichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Folgen der Pandemie für die Kinder und Jugendlichen abzumildern, sie zu schützen, zu fördern und an den politischen Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen. Die UN-Kinderrechtskonvention muss vollständig umgesetzt werden, um die Rechte der Kinder und Jugendlichen auch in Krisenzeiten zu wahren.

Betroffene Kinder und Jugendliche identifizieren und gezielt unterstützen

Nicht alle Kinder und Jugendliche sind in gleichem Ausmaß von den negativen Folgen der Covid-19 Pandemie betroffen. Viele Kinder und Jugendliche konnten auch im Distanzunterricht gut lernen. In Abhängigkeit von der Wohnsituation konnten sie fehlende Freizeitaktivitäten zum Beispiel im eigenen Garten zumindest teilweise ausgleichen. Ein Teil der Eltern konnte im Home-Office arbeiten, die Betreuung übernehmen und beim Homeschooling unterstützen.

Andere Kinder und Jugendliche waren und sind jedoch massiv belastet. Homeschooling war für sie aufgrund fehlender Computer, eingeschränkten Internetzugangs oder fehlender Arbeitsplätze zu Hause schwierig oder unmöglich. Kleine Wohnungen und fehlende Spiel- und Grünflächen in der direkten Umgebung schränkten ihre Möglichkeiten in der Freizeit besonders ein.

Stark betroffen sind z. B. Kinder mit Fluchthintergrund. Sie verfügen seltener über die digitale Ausstattung für den Distanzunterricht, leben häufiger in eingeschränkten Wohnverhältnissen und sind darüber hinaus auch stark von der vorübergehenden Schließung ehrenamtlicher und psychosozialer Angebote betroffen.¹

Auch für Kinder aus bildungsfernen Familien, Kinder aus einkommensschwachen Familien und Familien, in denen kein Deutsch gesprochen wird, erhöhte sich deutlich das Risiko, von stark negativen Folgen der Pandemie betroffen zu sein. Besonders schwer abzusehen sind die Folgen für vulnerable, schutzbedürftige Gruppen von Kindern, die bisher selten oder gar nicht im wissenschaftlichen oder politischen Diskurs wahrgenommen werden, wie zum Beispiel von Obdachlosigkeit betroffene Kinder oder Kinder, die in einer Einrichtung der Kinder- und Jugendhilfe leben.

¹ Britta Rude (2021): Geflüchtete Kinder und Covid-19: Corona als Brennglas vorhandener Problematiken.

Empfehlungen:

- UNICEF Deutschland fordert, die Gruppen von Kindern und Jugendlichen evidenzbasiert zu identifizieren, die besonders von der Pandemie betroffen sind. Für diese und mit diesen Kindern und Jugendlichen müssen auf ihre Bedürfnisse und Lebenslagen ausgerichtete Strategien entwickelt werden, wie die Folgen der Pandemie gelindert werden können.
- Armut erhöht massiv das Risiko, negativ von den Folgen der Pandemie beeinflusst zu werden. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland Kinderarmut und soziale Ausgrenzung nachhaltig bekämpft. Dazu gehört die Umsetzung der EU-Kindergarantie und die Einführung einer Kindergrundsicherung.

Kinder als Expert*innen für ihre eigene Situation einbinden

Die UN-Kinderrechtskonvention garantiert Kindern und Jugendlichen das Recht, gehört und beteiligt zu werden. Aus der Sicht vieler Kinder und Jugendlicher wurde dieses Recht während der Covid-19 Pandemie deutlich vernachlässigt. Den Ergebnissen der JuCo-Studien zufolge hat nur eine kleine Minderheit von knapp acht Prozent der befragten Jugendlichen den Eindruck, dass die Sorgen junger Menschen in der Politik gehört werden.² Ebenso pessimistisch werden die Möglichkeiten eingeschätzt, sich an wichtigen politischen Entscheidungsprozessen beteiligen zu können. Junge Menschen fühlen sich während der Pandemie noch weniger beteiligt als zuvor. Obwohl ihr Leben und ihre Zukunftsperspektiven gravierend von der Pandemie beeinflusst werden, hatten sie kaum Gelegenheiten, Position zu beziehen und ihre Situation zu beeinflussen.³

Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie können nur erfolgreich sein, wenn sie zu den Lebensbedingungen, Vorstellungen, Problemen, Bedarfen und Ideen der Kinder und Jugendlichen passen. Dafür müssen sie selbst gefragt und gehört werden.

Empfehlungen:

- UNICEF Deutschland fordert, dass Kinder und Jugendliche als Expert*innen für ihre eigene Situation und ihre Belange anerkannt werden. Sie sollten umfassend und nachhaltig strukturiert zu allen Angelegenheiten gehört werden, die sie betreffen. Dies erfordert Strukturen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene. In diesem Kontext sollte der im Koalitionsvertrag geplante Nationale Aktionsplan zur Kinder- und Jugendbeteiligung möglichst rasch initiiert und zu Ergebnissen geführt werden.
- UNICEF Deutschland begrüßt die Stellungnahme des Expertenrats der Bundesregierung zur Covid-19-Pandemie vom 17. Februar 2022 zum Kindeswohl, empfiehlt aber gleichzeitig die Einbeziehung von Kinderrechtsorganisationen, Jugendorganisationen und anderen geeigneten Vertreter*innen der Interessen von Kindern und Jugendlichen zur Aufnahme ihrer Perspektive vor Entscheidungen des Bundestags, der Bundesregierung sowie der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder.

Kinderschutz ausbauen und krisenfest machen

Kindesmisshandlungen, -missbräuche und -vernachlässigungen haben ersten Erkenntnissen zufolge in den letzten zwei Jahren deutlich zugenommen. Das zeitweise eingeschränkte Angebot der Jugend- und Familienhilfe stellte besonders für belastete Familien eine Herausforderung

² Mehr Informationen zu den JuCo und KiCo-Studien, in denen im Verlauf der Covid-19 Pandemie Kinder und Jugendliche befragt wurden unter www.uni-hildesheim.de/fb1/institute/institut-fuer-sozial-und-organisations-paedagogik/forschung/laufende-projekte/juco-und-kico/ [abgerufen 13. März 2022]

³ Sabine Andresen, Lea Heyer, Anna Lips, Tanja Rusack, Wolfgang Schröer, Severine Thomas und Johanna Wilmes (2021): Das Leben von jungen Menschen in der Corona-Pandemie Erfahrungen, Sorgen, Bedarfe.

dar. Hinzu kommt, dass Verletzungen oder Verhaltensänderungen während der Lockdowns unentdeckt geblieben sein könnten.⁴ Die gestiegenen Unterstützungsbedarfe von belasteten Kindern und Jugendlichen treffen vielerorts auf ein schon vor der Pandemie überlastetes System, vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Empfehlungen:

- Die Datenlage zu Kindesmisshandlungen, -missbräuchen und -vernachlässigungen ist immer noch lückenhaft und sollte verbessert werden. Für den Unabhängige*n Beauftragte*n für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) sollte zeitnah eine gesetzliche Grundlage für die langfristige und wirkungsvolle Arbeit zur Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch geschaffen werden. Das enge Mandat des USBKM, das sich bisher nur auf sexuellen Missbrauch bezieht, sollte überprüft und in Abstimmung mit anderen bereits existierenden und zu schaffenden Stellen auf Bundesebene erweitert werden.
- Covid-19 hat deutlich gezeigt, dass Kinderschutzangebote nicht ausreichend priorisiert und finanziert sind. Kinder und Jugendliche müssen auch während eines Lockdowns Ansprechpartner*innen außerhalb der Familie haben und vor Gewalt sowie Vernachlässigung geschützt sein. UNICEF Deutschland fordert deshalb, dass der Kinderschutz in Deutschland dementsprechend krisenfest gemacht werden muss.
- Covid-19 hat darüber hinaus den Mangel an psychosozialer Beratung und Therapieplätzen weiter verschärft. UNICEF Deutschland fordert, die Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Therapieplätze für belastete Kinder und Jugendliche auszubauen. Hier sind auch die gesetzlichen Grundlagen im Sinne einer Verbesserung der Prävention, des Gesundheitsschutzes und der Versorgung für Kinder und Jugendliche zu prüfen, insbesondere bezüglich besonders benachteiligter Gruppen wie beispielsweise Bezieher*innen von ALG II oder Asylantragsteller*innen.

In Kitas und Schulen zur Aufarbeitung der Pandemiefolgen beitragen

Kindertagesstätten und Schulen gehören zu den wichtigsten Lebensorten für Kinder und Jugendliche. Die Kita- und Schulschließungen seit März 2020 hatten und haben nachhaltige Auswirkungen auf die Bildung, Gesundheit, Lebensqualität und Zukunftsperspektiven von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. So haben sich im ersten Lockdown 2020 die Lernzeiten in Deutschland halbiert. Das führte bei vielen Schüler*innen zu erheblichen Lernrückständen. Zusammen mit weiteren Kontaktbeschränkungen führten die Schließungen auch zu einer Beeinträchtigung der Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung vieler Kinder und Jugendlicher. Psychische Beeinträchtigungen wie Kontaktängste und depressive Symptome nahmen zu.⁵ Acht von zehn Kindern und Jugendlichen fühlen sich auch aktuellen Studien zufolge immer noch durch die Corona-Pandemie belastet.⁶

Um die langfristigen Folgen für Kinder und Jugendliche zu reduzieren, müssen Politik und Verwaltungen zeitnah reagieren und auf die Bedürfnisse und Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen abgestimmte Maßnahmen und Angebote schaffen. Kitas und Schulen haben hier, neben ihrer Bildungsfunktion, auch als Begegnungsorte eine zentrale Bedeutung.

⁴ T. Heimann, J. Ewert, F. Metzner, F. Sigmund, A. Jud, S. Pawils (2021): Medizinischer Kinderschutz während des Corona-Lockdowns.

⁵ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2021): Belastungen von Kindern, Jugendlichen und Eltern in der Corona-Pandemie.

⁶ Ravens-Sieberer, Ulrike, u. a. (2022): Child and Adolescent Mental Health During the COVID-19 Pandemic: Results of the Three-Wave Longitudinal COPSY Study.

Empfehlungen:

- Kitas und Schulen müssen in die Lage versetzt werden, mit Kindern und Jugendlichen die Folgen der Pandemie aufzuarbeiten. Dafür müssen die Schulen von den Kultusministerien und Schulbehörden den Freiraum, den Auftrag und die notwendigen Ressourcen erhalten. Individuelle Lernrückstände müssen langfristig und ohne Druck nachgeholt werden können. Die Angebote der Schulsozialarbeit sowie der Schulpsychologie müssen gezielt gestärkt und ausgebaut werden. Schulen sollten sich, wo nicht schon geschehen, mit psychologischen und psychotherapeutischen Angeboten vor Ort vernetzen.
- Die Bundesländer sollten massiv in den Ausbau der Kitas und Schulen sowie der Ganztagsbetreuung investieren und dabei auf Gesundheitsschutz, Kinderschutz, psychosoziale Unterstützung und qualitativ hochwertige Bildungsangebote insbesondere für benachteiligte Kinder setzen. Erforderlich sind vor allem umfassende Mittel für mehr Personal und dessen Qualifizierung.

UN-Kinderrechtskonvention vollständig umsetzen

30 Jahre nach der Verabschiedung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland im April 1992 ist viel erreicht worden. Allerdings werden die Rechte von Kindern und Jugendlichen noch nicht vollumfassend umgesetzt. Gerade in Krisenzeiten, wie während der Pandemie der vergangenen zwei Jahre, besteht die Gefahr, dass ihre Perspektive nicht berücksichtigt wird und sie besonders stark in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Empfehlungen:

- UNICEF Deutschland fordert, die UN-Kinderrechtskonvention vollständig umzusetzen und die in der Konvention verbrieften Kinderrechte wie geplant im Grundgesetz zu verankern. Damit wird es möglich, dass die Interessen von Kindern künftig bei Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden und sich eine Situation wie während der Covid-19 Pandemie nicht wiederholt.
- Um Kindern und Jugendlichen in Deutschland das Umfeld für ein gutes Aufwachsen zu ermöglichen, ist es notwendig, dass die politischen Ressorts gemeinsame Strategien entwickeln und ihre Kraftanstrengungen ineinandergreifen. So können Lücken geschlossen werden und Maßnahmen langfristig mehr Wirksamkeit entfalten.
- Kinder brauchen auch in Krisenzeiten eine wirkungsvolle Interessensvertretung, die sich bundesweit für ihre Rechte einsetzt. UNICEF Deutschland fordert deshalb, das Amt eines/einer Bundeskinderrechtsbeauftragte*n sowie von Beauftragten auf Länderebene einzuführen.

Stand März 2022

Kontakt:

UNICEF Büro Berlin

Schumannstraße 18

10117 Berlin

Tel 030-2758079-10

E-Mail bueroberlin@unicef.de